

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Beschlüsse zur Änderung bzw. Aufstellung der Bauleitpläne entstehen der Stadt Münster keine Kosten.

Die Flächen des Plangebietes befinden sich im Eigentum der Stadt Münster. Durch die Vergabe des Schulgrundstücks im Wege des Erbbaurechts werden Einnahmen für den städtischen Haushalt entstehen.“

Punkt 42 der Tagesordnung	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates (sofortige Beschlussfassung)
----------------------------------	--

Punkt 42.1 der Tagesordnung A-R/0066/2019	Münster ist sicherer Hafen für geflüchtete Menschen
--	--

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes fand nach dem Tagesordnungspunkt 10. statt.

Herr **Weber** brachte für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL folgenden gemeinsamen Antrag zur sofortigen Beschlussfassung ein:

„CDU-Fraktion,
SPD-Fraktion,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0066/2019
vom 01.10.2019

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung

Münster ist sicherer Hafen für geflüchtete Menschen

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster begrüßt, dass mit der Einigung der Innenminister von Frankreich, Italien, Malta und Deutschland zur Verteilung aus Seenot geretteter Flüchtlinge ein wichtiger Schritt zur Realisierung eines europäischen Notfallrettungssystems gemacht ist.
2. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass sich das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat mit Schreiben vom 8. September 2019 dafür bedankt, dass der Rat der Stadt Münster sich für die sichere Ausschiffung von Seenotgeretteten im Mittelmeer einsetzt sowie die Bereitschaft zur Aufnahme von Seenotgeretteten signalisiert hat (siehe Anlage).
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass alle anderen Städte in Deutschland, die sich als ‚Sicherer Hafen‘ erklärt haben, ein gleichlautendes Schreiben vom Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat erhalten haben.
4. Der Rat erklärt die grundsätzliche Aufnahmebereitschaft und bekräftigt das bestehende Angebot der Stadt Münster, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen und fordert Bund und Land auf, dieses Angebot anzunehmen.
5. Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf, sich für die Entkriminalisierung von privaten Seenotrettungsinitiativen einzusetzen und sich der sogenannten Potsdamer Erklärung,

also dem Zusammenschluss der Städte „Sicherer Hafen“ anzuschließen. Die Stadt Münster ist als sicherer Hafen für geflüchtete Menschen weiterhin bereit, ohne Anrechnung auf die Quote zur Erfüllung der Aufnahmeverpflichtung Flüchtlinge aufzunehmen, die aus Seenot gerettet wurden.

6. Der Rat betont, dass die Stadt Münster für eine bestmögliche Integration der geflüchteten Menschen sorgt, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung, Bildung und Vermittlung in Arbeit zur Verfügung gestellt werden.
7. Der Rat dankt auch allen Institutionen und Organisationen, die sich in Beruf und Ehrenamt für die Integration von Flüchtlingen einsetzen.

Anlagen:

- Schreiben des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat vom 8. Juli 2019
- Brief an Oberbürgermeister Markus Lewe vom 20. August 2019“

Nach kurzer Diskussion stellte Herr **Lewe** den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Abstimmung.

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde mit Mehrheit (OB, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., Herr Pfau) bei Gegenstimmen (FDP, AfD) beschlossen.

Somit beschloss der Rat:

„Münster ist sicherer Hafen für geflüchtete Menschen

1. Der Rat der Stadt Münster begrüßt, dass mit der Einigung der Innenminister von Frankreich, Italien, Malta und Deutschland zur Verteilung aus Seenot geretteter Flüchtlinge ein wichtiger Schritt zur Realisierung eines europäischen Notfallrettungssystems gemacht ist.
2. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass sich das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat mit Schreiben vom 8. September 2019 dafür bedankt, dass der Rat der Stadt Münster sich für die sichere Ausschiffung von Seenotgeretteten im Mittelmeer einsetzt sowie die Bereitschaft zur Aufnahme von Seenotgeretteten signalisiert hat (siehe Anlage).
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass alle anderen Städte in Deutschland, die sich als „Sicherer Hafen“ erklärt haben, ein gleichlautendes Schreiben vom Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat erhalten haben.
4. Der Rat erklärt die grundsätzliche Aufnahmebereitschaft und bekräftigt das bestehende Angebot der Stadt Münster, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen und fordert Bund und Land auf, dieses Angebot anzunehmen.
5. Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf, sich für die Entkriminalisierung von privaten Seenotrettungsinitiativen einzusetzen und sich der sogenannten Potsdamer Erklärung, also dem Zusammenschluss der Städte „Sicherer Hafen“ anzuschließen. Die Stadt Münster ist als sicherer Hafen für geflüchtete Menschen weiterhin bereit, ohne Anrechnung auf die Quote zur Erfüllung der Aufnahmeverpflichtung Flüchtlinge aufzunehmen, die aus Seenot gerettet wurden.
6. Der Rat betont, dass die Stadt Münster für eine bestmögliche Integration der geflüchteten Menschen sorgt, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige

Versorgung in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung, Bildung und Vermittlung in Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

7. Der Rat dankt auch allen Institutionen und Organisationen, die sich in Beruf und Ehrenamt für die Integration von Flüchtlingen einsetzen.

Anlagen:

- Schreiben des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat vom 8. Juli 2019
- Brief an Oberbürgermeister Markus Lewe vom 20. August 2019“

Punkt 43 der Tagesordnung	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates
----------------------------------	---

Punkt 43.1 der Tagesordnung A-R/0064/2019	Berechnungsmodell der Elternbeiträge korrigieren
--	---

Folgender Antrag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP wurde an den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien verwiesen:

„Ratsgruppe Piraten/ÖDP
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0064/2019
vom 30.09.2019

Antrag

Berechnungsmodell der Elternbeiträge korrigieren

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Berechnung des Kinderbetreuungsbeitrags erfolgt zukünftig mittels linear progressiver Tarifzonen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt 2 Tarifzonenmodelle auf Basis der aktuell gültigen Beitragsstufen zu erstellen:
 - a) Das eine soll anhand der vorliegenden Beitragsdaten im Ergebnis möglichst haushaltsneutral sein.
 - b) Das andere unter Beibehaltung der aktuellen maximalen Belastung der Beitragszahlergruppen der jeweiligen Stufe.
3. Die beiden Modelle werden dem Rat zeitnah zur Entscheidung vorgelegt.“

Punkt 43.2 der Tagesordnung A-R/0065/2019	Grünflächen sichern und für den Klimaschutz entwickeln
--	---

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen verwiesen: